



GLBV- UND BEZIRKSGRUPPEN-BERATUNG

Deutliche Worte und klare Forderungen

In der erweiterten GLBV-Sitzung am 3. 2. 2012 berieten die Mitglieder des GLBV mit den Vorsitzenden der Bezirksgruppen die weitere Arbeit der GdP im Zusammenhang mit den Vorstellungen des Ministers und den Stand der Arbeitsgruppen im MI zur Optimierung der Organisation der Polizei.

In den vergangenen Wochen hatten Äußerungen des Ministers immer wieder für Irritationen bei den Kolleginnen und Kollegen gesorgt.

Zu Beginn der Sitzung fasste der Landesvorsitzende, Koll. Uwe Petermann, die Entwicklung der Diskussion über die „Optimierung der strategischen Ausrichtung der Landespolizei – Strategie Polizei 2020“ zusammen. Ausgehend von der Auftaktveranstaltung am 13. 10. 2011, der Sicherheitskonferenz am 23. 11. 2011, den Sitzungen des PHPR, zuletzt am 25. 1. 2012, und den Äußerungen des Ministers, ergibt sich ein eher verwirrendes Bild.

Mittlerweile arbeitet im MI eine Arbeitsgruppe „Zentralisierung von Verwaltungsleistungen“ bei der Polizei. Diese hat das vorrangige Ziel, eine belastbare Aufgabenkritik durchzuführen, um entsprechende Zentralisierungsmöglichkeiten zu ermitteln.

Eine zweite Arbeitsgruppe prüft derzeit kritisch, wie die administrativen Strukturen der Polizei verändert werden können, um Ressourcen für die Präsenz in der Fläche und die unmittelbare kriminalpolizeiliche Vorgangsbearbeitung freizusetzen.

Das Teilreferat 23.2 führt derzeit eine umfassende Untersuchung der Aufbau- und Ablauforganisation in den Polizeibehörden und -einrichtungen durch. Die Untersuchungen münden in der Strategieentwicklung und Implementierung eines Entwicklungs- und Veränderungsprozesses.

Es ergibt sich im Moment ein verwirrendes Bild.

In der erweiterten GLBV-Sitzung wurde noch einmal die Haltung der GdP bekräftigt und die weitere Arbeitsweise besprochen.

Nach einer umfassenden Diskussion bekräftigten die Teilnehmer die Notwendigkeit einer seriösen und nachvollziehbaren Berechnung des notwendigen Personals für die Polizei unter Beachtung der Aufgaben in der Verwaltung. Erst danach sollte eine Anpassung der Aufbauorganisation der Polizei erfolgen. Diese

Fortsetzung auf Seite 2



Auf der Sicherheitskonferenz am 23. 11. 2011 konnten die zahlreichen Teilnehmer Informationen aus erster Hand erhalten.

SCHLAGLICHTER*

8. Januar 2012

Bunt statt braun – Die GdP unterstützt den friedlichen Protest in Aschersleben

Aschersleben. Ein breites Bündnis aus Organisationen, Gewerkschaften und Parteien hatte zu friedlichen Protesten und zivilem Ungehorsam aufgerufen. Mit einer Kundgebung, einer Demonstration und einem Bürgerfest auf dem Markt soll ein Zeichen gegen die Nazis gesetzt werden.

25. Januar 2012

Gemeinsame Erklärung und Tarifverträge sind unterschrieben

Magdeburg. Gestern unterzeichnete die Landesregierung mit den Tarifparteien die Tarifverträge und Erklärungen.

22. Januar 2012

Antragsruhestand und Altersteilzeit

Magdeburg. Der Landtag hat im Haushaltsbegleitgesetz einen „Antragsruhestand“ bis zum 31. Dezember 2013 und Altersteilzeit für Beamte beschlossen.

16. Januar 2012

MDR 1 RADIO – Nachrichten – Landesregierung verurteilt Gewalt gegen Polizisten

Magdeburg. Die Regierung von Sachsen-Anhalt hat besorgt auf die Angriffe auf Polizisten reagiert. Innenminister Stahlknecht sagte dem MDR, er sei fassungslos. Die Gewalt habe am vergangenen Wochenende ein neues Ausmaß erreicht.

16. Januar 2012

Elektronische Fußfesseln bieten potenziellen Opfern keinen Schutz.

Magdeburg. Die GdP Sachsen-Anhalt bezeichnet die elektronische Fußfessel als untauglichen Versuch, Straftäter von neuerlichen Taten abzuhalten. Sexualstraftäter sind triebgesteuert. Elektronische Fußfesseln bieten potenziellen Opfern keinen Schutz.

13. Januar 2012

Offener Brief des DGB – Ziviler Ungehorsam und Polizei

Magdeburg. Der DGB veröffentlicht aus Anlass der am 14. Januar in Magdeburg von einem breiten Bür-

Fortsetzung auf Seite 2



SCHLAGLICHTER*

Fortsetzung von Seite 1

gerbündnis veranstalteten „Meile der Demokratie“ einen offenen Brief zum Spannungsfeld zwischen zivilem Ungehorsam und Polizei.

12. Januar 2012

KEIN rassistischer Sumpf bei der Polizei – GdP fordert Rücknahme der verurteilenden Äußerungen

Magdeburg. Mit einem offenen Brief wendet sich die GdP an Frau Ulla Jelbke (MdB), innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke. Diese hatte in einer Pressemitteilung am 9. Januar 2012 von einem rassistischen Sumpf bei der Dessauer Polizei gesprochen.

11. Januar 2012

GdP nimmt Beamte nach Gedenk-demonstration in Schutz

Magdeburg. Die GdP bezeichnet die Vorwürfe der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh sowie die gleichlautenden Beschuldigungen aus den Fraktionen Die Linke und Bündnis90/Die Grünen als völlig haltlos.

* Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht. Mehr Aktuelles gibt es unter: www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/Nachrichten

GLBV- UND BEZIRKSGRUPPEN-BERATUNG

Fortsetzung von Seite 1

sollte den Anforderungen an die Polizei gerecht werden und strategisch auf zukünftige Veränderungen 2020/2025 ausgerichtet sein. In diesem Zusammenhang forderten die Teilnehmer eine Erhöhung des Anteils der KollegInnen, die im Wechselschichtdienst eingesetzt sind.

Zu den derzeit kursierenden Vorstellungen für die zukünftige Organisation der Polizei waren sich die Teilnehmer einig, dass es keine Zuordnung von Organisationseinheiten zu einer bestehenden Polizeidirektion geben und dass die Abteilung IT des TPA in einer Organisationseinheit verbleiben sollte.

Die in der Sicherheitskonferenz herausgearbeiteten Forderungen wurden noch einmal bekräftigt.

Zu den Vorstellungen des MI, eine Kennzeichnung von Polizeibeamten im täglichen Dienst einzuführen, gaben die Teilnehmer eine klare Abfuhr. Die derzeit gültige Erlasslage ist völlig ausreichend und bedarf aus Sicht der GdP keiner Änderung. Es gibt aktuell keinen Anlass zu Änderungen. Diese Stellungnahme werden die Mitglieder des PHPR auch gegenüber dem MI vertreten.

Unsere Forderungen von der Sicherheitskonferenz

In diesem Zusammenhang fordern wir:

- dass die Verwaltungsarbeit auch zukünftig durch Beschäftigte der Verwaltung erledigt wird,
- dass der Polizeivollzug von Verwaltungsarbeiten wieder entlastet wird,
- dass es keinen Rückzug der Verwaltung aus der Fläche gibt,
- dass ein umfassendes Liegenschaftskonzept erarbeitet wird,
- dass es keine schleichende Aufgabenübernahme durch das LIMSA gibt,
- dass soziale Komponenten sowie die Altersstruktur Berücksichtigung finden
- und eine Fachlaufbahn für die Polizeiverwaltung eingeführt wird.

Uwe Petermann,

Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt
www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20120301

GdP VOR ORT

4. Meile der Demokratie

Am 14. Januar 2012 fand zum vierten Mal die „Meile der Demokratie“ in Magdeburg statt.

Der Jahrestag der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten ist für rechte Gruppierungen immer wieder ein Anlass, mit ihrer braunen Ideologie auf die Straße zu gehen. Um zu zeigen, dass Magdeburg keine Platz für Nazis ist, wurde die Meile der Demokratie ins Leben gerufen. Hier bauten verschiedene Vereine, Organisationen, Parteien und Gewerkschaften ihre Stände auf, um Präsenz gegen Rechts zu zeigen.

Selbstverständlich waren wir auch wieder mit unserem Info-Stand mit dabei und aus vielen Bezirksgruppen hatten sich Freiwillige als Standbetreuer gemeldet. Wir kamen mit vielen Kollegen und Passanten ins Gespräch und mussten immer wieder erklären, warum es mehrere Polizeigewerkschaften gibt.

Auch in diesem Jahr waren die „Argumente gegen Rechts“ und die Kindermalhefte der Renner. Vielen Dank noch einmal an alle Helfer!

Jens Hüttich, Landesredakteur

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20120302



Trotz der kalten Witterung fanden sich wieder Helfer, die unseren Info-Stand betreuten.



DEUTSCHE POLIZEI

Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (03 91) 6 11 60 10
Telefax: (03 91) 6 11 60 11
E-Mail: lsa@gdp-online.de

Redaktion:
Jens Hüttich (Vi.S.d.P.)
Walter-Kersten-Straße 9
06449 Aschersleben
GdP-Phone: (0 15 20) 8 85 75 61
Telefon: (0 34 73) 80 29 85
Fax: (03 21) 21 04 15 61
E-Mail: jens.huettich@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreislise Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-281X



Liegenschaften der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord

Am 2. 2. 2012 wurde im Intranet der Polizei der Artikel „Liegenschaftskonzept zum Objekt Sternstraße 12“ eingestellt.

Dort wurde im ersten Teil erwähnt, dass der schlechte bauliche Zustand einzelner Polizeiliegenschaften allen Bediensteten unserer Behörde bekannt ist.

Soweit richtig!

Im Anschluss wurde jedoch speziell nur auf die Liegenschaft der Direktion und des Reviers Magdeburg und dass diese deswegen wiederholt im Fokus der Kritik geraten sind hingewiesen. Danach wurde explizit noch einmal darauf hingewiesen, dass die Probleme dort seit langem bekannt sind.

Hierzu kann nur gesagt werden, dass es auch noch andere Liegenschaften gibt, über die z. B. auf Grund ihres schlechten baulichen Zustandes am 14. 1. 2012 in der Volksstimme im Regionalteil für Haldensleben berichtet wurde. Es handelt sich hier um das Polizeirevier Börde.

Auch die Volksstimme in Magdeburg hat darüber schon berichtet. Die Schlagzeile lautete: „Wir verschleudern das Geld für Energiekosten“.

Der Präsident der Polizeidirektion Nord, Andreas Schomaker, sagte: „Das Polizeigebäude in Haldensleben müsse so schnell wie möglich saniert werden“ und versprach Abhilfe. Tatsächlich hat das Haus schon bessere Zeiten gesehen.

In Haldensleben blättert die Tapete im Schulungsraum von der Wand, die meisten Räume sind klein und eng, manche Decke notdürftig durch Trockenbauar-

beiten geflickt und ein Teil des Gebäudes stammt noch komplett aus DDR-Zeiten. Wer das Polizeirevier Börde in Haldensleben besucht, braucht nicht lange nach Mängeln zu suchen.

Auch der schlechte bauliche Zustand des Polizeireviers BK ist allen Beteiligten seit sehr langer Zeit bekannt. So liegt u. a. seit 2005 ein Brandschutzkonzept für das Objekt vor, in dem z. B. auf die hohe Brandlast im DG hingewiesen und eine Auflage erteilt wurde, diese konnte innerhalb von drei Jahren im Rahmen einer kleinen Maßnahme beseitigt werden.

In dem Artikel der PD LSA Nord wurde des Weiteren mitgeteilt, dass für das Objekt Sternstraße 12 eine Projektgruppe gebildet wurde, welche ein tragfähiges und zukunftsweisendes Liegenschaftskonzept erarbeiten soll. Diese Gruppe arbeitet wiederum eng mit dem Landesbetrieb zusammen, welcher einen Arbeitskreis mit Bauingenieuren gebildet hat und dadurch jetzt ein Konzept vorliegt, welches man dem Innenminister übergeben konnte.

Toll, wenn alle an einem Strang ziehen.

Und auch toll für die Bediensteten der Polizeidirektion und des Polizeireviers MD.

Dem Innenminister ist auch nach einem Vororttermin im Polizeirevier Börde das gesamte Ausmaß der aufgrund des baulichen Zustandes und der örtlichen Gegebenheiten bestehenden Probleme bekannt. Aufgrund dessen kam man im End-

effekt mit der PD LSA Nord und dem LB Bau überein, dass ein Anbau sowie eine große Maßnahme für den Altbau zwingend erforderlich sind. Dies ist allein dem Einsatz der Bediensteten vor Ort zu verdanken, welche immer wieder unter Berücksichtigung des Personalentwicklungskonzeptes mit Fakten, Zahlen und Fotos auf die bestehenden Missstände, welche letztendlich auch den Dienstbetrieb negativ beeinflussen, verwiesen haben.

Es stellt sich hier die Frage, warum die PD LSA Nord nicht alle zugehörigen Liegenschaften, welche auch in Zukunft Bestand haben sollen und die im schlechten baulichen Zustand sind, in das Liegenschaftszukunftsobjekt einbezogen hat.

Dies ist umso unverständlicher, wenn man an die Aussagen im Koalitionsvertrag denkt, in dem steht: „Die Koalitionspartner werden dafür Sorge tragen, dass in Polizeidienststellen, in denen noch unzureichende räumliche Bedingungen vorherrschen, bis zum Jahr 2016 entsprechende Baumaßnahmen durchgeführt werden.“

Die Koalitionspartner sind der Überzeugung, dass es nach der abgeschlossenen Polizeistrukturreform in den nächsten Jahren darauf ankommt, dass sich die Polizeibehörden und -einrichtungen in den neuen Strukturen entwickeln. Die drei Polizeidirektionen bleiben in ihrem Bestand erhalten.“

Wir werden sehen, wie sich das Revier verändern wird.

Der Autor ist der Redaktion bekannt.

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20120303



Die Räume sind eng und in einem miserablen Zustand.

Frauentag gestern und heute aus meiner Sicht

Wie schnell doch schon wieder ein Jahr vergangen ist. Und wieder ist es März.

Ich habe das Gefühl, die Jahre fliegen nur so an mir vorbei. Das Jahr 2012 ist für mich wieder so ein kleiner Meilenstein. Vor genau 25 Jahren habe ich meinen Dienst bei der Polizei begonnen. Als „junger Hüpfen“ mit 20 Jahren begann ich 1987 direkt nach der Berufsausbildung und dem Babyjahr, im Bereich Pass- und Meldewesen der BDVP Magdeburg zu arbeiten.

Ich kann mich noch an meinen ersten Frauentag in der BDVP erinnern. Unsere männlichen Kollegen in der Abteilung PM hatten für jede Frau ein Geschenk parat. Es war ein Duschbad und Weinbrandbohnen, nett verpackt. Leider musste ich später feststellen, dass das Naschwerk scheußlich nach dem Duschbad schmeckte. Die Frauentagsfeier wurde damals zentral in der Kantine der BDVP gefeiert. Alles war weiß eingedeckt und wir Frauen wurden an den Tischen bedient. Es war wirklich sehr feierlich und unsere Arbeit wurde mit vielen flammenden Reden gewürdigt.

Gewerkschaftlich war ich damals im FDGB organisiert, aber nur als so genanntes zahlendes Mitglied. Dann kam die Wende und ich wurde eine der ersten Mitglieder der Gewerkschaft der Deutschen Volkspolizei.

Von Gewerkschaftsarbeit hatte ich keine Ahnung und eigentlich auch kein Interesse. Mein Leben war geprägt durch die Arbeit und meine Familie, mit mittlerweile zwei kleinen Kindern.

Da hatte ich eigentlich genug zu tun.

Trotzdem wollte ich mich einbringen. Mit meinem Wechsel 1991 in das Wasserschutzpolizei-Revier Magdeburg kam ich in ein aktives Gewerkschaftskollektiv. Wie man vielleicht weiß, waren Frauen bei der Wasserschutzpolizei in der Vergangenheit eher Mangelware. Aber niemals wurde unser Ehrentag, der Internationale Frauentag, durch die Kollegen vergessen. Der Dank für unsere geleistete Arbeit war immer mindestens ein Blumenstrauß.

Später wurde ich als Angestelltenvertreterin in den Personalrat des WSPR MD gewählt und mit Auflösung der WSPi war ich auch im Personalrat der

Polizeidirektion Magdeburg dabei. Einige Jahre durfte ich als Gleichstellungsbeauftragte der Wasserschutzpolizei tätig sein.

Vielleicht habe ich manchmal eine zu große Klappe gehabt, schnell fand ich mich im Vorstand der Landesfrauengruppe der GdP wieder, ich bin praktisch von Anfang an dabei.

Viel haben wir als GdP-Frauen erreicht und ohne uns Frauen läuft in der Gewerkschaftsarbeit sowieso nichts. Wir sind nicht nur schmückendes Beiwerk, sondern bringen uns aktiv in die Gewerkschaftsarbeit ein. Manchmal haben wir auch das Gefühl, dass gegen uns Frauen gearbeitet wird. Zum Beispiel bei der Besetzung der Listenplätze bei Personalratswahlen. Aber glaubt mir, wir haben ein starkes Kreuz und werden auch in Zukunft unsere Frau stehen, wenn es um die Interessenvertretung der Frauen geht.

Viele neue Aufgaben stehen an, zum Beispiel die erneute Strukturreform im Polizeibereich. Gerade im Verwaltungsbereich sind viele Frauen tätig und wir müssen besonders darauf achten, dass die Strukturveränderungen im Polizeiverwaltungsbereich nicht auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden.

Im letzten Jahr war ich als Mitglied im Fachausschuss Tarif mit bei den Verhandlungen zu den Tarifverträgen Altersteilzeit und Teilzeit dabei. Auch im

Fachausschuss Tarif sind mehrheitlich Frauen tätig und bringen sich in ihrer Freizeit, neben Familie und Job, aktiv in die Gewerkschaftsarbeit ein. Und wie wichtig die Aufgaben sind, haben gerade die neuen Tarifabschlüsse, welche durchaus positiv für die Polizei ausgefallen sind, gezeigt.

Von vielen Kolleginnen, auch aus dem Beamtenbereich, habe ich gehört, dass das neue Angebot des Arbeitgebers schon lange sehnsüchtig erwartet wird. Viele können es gar nicht erwarten, den Antrag auf Altersteilzeit zu stellen. Es gibt nicht wenige, die durch die jetzt schon vorherrschende Mehrbelastung im täglichen Dienst ausgepowert sind und bloß darauf warten, endlich, auch unter Verzicht auf Arbeitsentgelt, nach Hause zu gehen.

Und machen wir uns mal nichts vor, beim dem geplanten Stellenabbau gerade im Verwaltungsbereich der Polizei kommen in den nächsten Jahren noch viele Einsparungen von Stellen und damit die Verteilung der Arbeit auf die noch tätigen Kolleginnen zu. Und nicht wenige Kolleginnen, aber auch unsere männlichen Kollegen, haben jetzt schon die Arbeitszeitverkürzung unter Lohnverzicht gewählt, um mehr Zeit für die Kinder oder für Pflege ihrer Angehörigen zu haben.

Viele Frauen sehen den Tarifabschluss zur Teilzeit als Wiedergewinnung des



Marion Herrmann ist stellvertretende Vorsitzende der Frauengruppe der GdP Sachsen-Anhalt und verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.



8. MÄRZ – INTERNATIONALER FRAUENTAG

„Haushaltstages“, um die Doppelbelastung Familie und Job besser stemmen zu können, auch unter dem Aspekt des Lohnverzichts. Da beißt sich die Katze wieder in den Schwanz, weil wenige die Arbeit von vielen erledigen müssen. Aber wir Frauen sind das starke Geschlecht und wir werden wieder einen Weg finden und es wird wieder von dienstlicher Seite als selbstverständlich hingenommen. Schließlich hat man ja einen sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst, das allgemeine Totschlagsargument.

Ich habe zum Anfang einen kleinen Abriss meines Berufslebens aufgezeichnet. Wie einige von euch vielleicht wissen, bin ich wieder in meine ehemalige Ursprungsdienststelle zurückgekommen, heute dem Ministerium für Inneres und Sport. Dort bin ich im Bereich der Aus- und Fortbildung der Polizei tätig. Früher habe ich es mir partout nicht vorstellen

können, meine geliebte Wasserschutzpolizei zu verlassen, die 15 Dienstjahre mein zweites Zuhause war und von der ich von einem zum anderen Tage „wegen fehlender Verwendungsbreite“ umgesetzt wurde. Damals flossen bei mir die Tränen.

Aber dann habe ich auf mehreren neuen Verwendungen in der Landes- und Polizeiverwaltung erfahren dürfen, dass es auch anderswo interessante Tätigkeiten, tolle Kolleginnen und Kollegen gibt und immer, wohin ich auch kam, die Gewerkschaft der Polizei war schon vor Ort, um mich freundlich aufzunehmen.

Ob ich heute in meiner Dienststelle „angekommen“ bin, das bezweifle ich sehr. Ich muss ja noch 20 Jahre arbeiten. Aber ich weiß, die Gewerkschaft der Polizei wird an meiner Seite stehen, Tarifkämpfe für mich und alle Bediensteten der Polizei auskämpfen, damit auch die Leistungen der Kolleginnen und Kolleginnen weiterhin gewürdigt werden.

Die Frauengruppe der GdP wird sich weiterhin unermüdlich dafür einsetzen, dass jede Polizeidirektion eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte erhält und all die anderen Probleme gelöst werden, die noch in Zukunft auftauchen. Wir Frauen packen gemeinsam mit unseren männlichen Mitstreitern jedes Problem an.

Lasst euch von euren Kollegen etwas verwöhnen, genießt die gemeinsame Zeit auf den Frauentagsfeiern, auch wenn Ihr die Feier selbst organisieren musstet und es keine flammenden Reden der Dienstvorgesetzten mehr gibt. Es ist euer Tag!

Im Namen des Vorstandes der Landesfrauengruppe der Gewerkschaft der Polizei wünsche ich allen Kolleginnen einen schönen Internationalen Frauentag 2012!

Es grüßt euch ganz herzlich

Marion Herrmann

www.gdp.de/gdp/gdplsna.nsf/id/20120304

KREISGRUPPE HARZ

Feiertagsbesuch im Revier

Als Vorsitzender der Kreisgruppe Harz besuchte ich vor den Feiertagen alle Dienststellen des Polizeireviers Harz.

Dort überbrachte ich im Namen der Kreisgruppe/Bezirksgruppe LSA Nord Grüße und auch, wie in den Jahren zuvor, kleine „Geschenke“. Natürlich besuchte ich auch wieder am Heiligen Abend und Silvester die Dienststelle in Wernigerode. Dies ist schon seit vielen Jahren so eine Art Tradition.

Bei den Besuchen wurde natürlich auch das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen gesucht und anstehende Probleme besprochen.

Es zeigte sich in diesen Gesprächen, dass die Motivation bei fast allen Beschäftigten nicht überwältigend ist. Um nur einige Felder aufzuzeigen, die Beförderungspraxis, der Beförderungsstau und die lange Wartezeit nach einer Dienstpostenübertragung auf eine mögliche Beförderung.

Die Überstundenproblematik besonders im Einzeldienst, wo ein Abbau nur sehr schwer möglich ist (hier geht es nur unter Berücksichtigung des Dienstplans). Wir dürfen dabei aber auch nicht die Überalterung in der Polizei und die damit verbundenen höheren krankheitsbeding-

ten Ausfälle vergessen. Auch die Kennzeichnungspflicht in der Polizei wurde in den Gesprächen mit einbezogen, diese fand bei den Kolleginnen und Kollegen keine Zustimmung.

Es wurde auch immer wieder der massive Stellenabbau in der Polizei bemängelt, dies führt natürlich auch wieder zu mehr Überstunden.

Denn die Arbeit ist ja nicht weniger geworden (Zielvereinbarung), hier werden immer die gleichen Ziele wie in den Jahren zuvor angestrebt, obwohl es ja immer weniger Personal gibt. Auch der massive Abbau in der Polizeiverwaltung spielte in den Gesprächen eine Rolle, denn wer soll dann diese Arbeit erledigen?

„Etwa der Vollzug?“

Meiner Meinung nach beschäftigen wir uns mal wieder mit uns selbst. Mein Besuch zeigte mal wieder, dass in der Arbeit unserer Gewerkschaft noch viel zu tun ist. Nach dem Motto „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte wendet euch bei anstehenden Fragen und Problemen an eure Vertrauensleute oder an den Kreisgruppenvorstand, um mit deren Hilfe eine Antwort oder Klärung der Probleme zu erhalten.

Reiner Papendieck,

Vorsitzender Kreisgruppe Harz

www.gdp.de/gdp/gdplsna.nsf/id/20120305



Der Kreisgruppenvorsitzende besucht die Kollegen an den Feiertagen.





Stellenentwicklung der Polizei in ...

... Sachsen

Im Freistaat Sachsen sollen im öffentlichen Dienst ca. 17 000 Stellen bis zum Jahr 2020 abgebaut werden. Die Anzahl aller Polizeibeschäftigten (Beamte und Tarifbeschäftigte) im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen ist aus der Sicht der Staatsregierung anzugleichen. Das zeugt von einer Abkehr von der bisherigen Sicherheitskonzeption. So waren im Stellen-Soll im Jahr 1991 laut Haushaltsplan 12 652 Polizeibeschäftigte bei einer Bevölkerung von 4,77 Mio. Einwohnern im Dienst des Freistaates. In den Jahren 2004/2005 standen demgegenüber bei einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung auf damals 4,29 Mio. Einwohner 15 286 Stellen. Ausbildungsstellen sind dabei unberücksichtigt.

Obwohl die Aufgaben der sächsischen Polizei nicht weniger und unkomplizierter werden, ist derzeit die Vorgabe einer künftigen Polizeistärke anhand von kuriosen Vergleichen, z. B. der Polizeidichte, politisch bestimmt. So wurde im Rahmen des Projekts „Polizei.Sachsen.2020“ im Jahr 2011 ein Feinkonzept der Öffentlichkeit vorgestellt.

Von 2005 bis 2011 wurden bereits 2000 Stellen abgebaut. Nun sollen weitere 2000 Stellen gestrichen werden. So sollen nach dem Willen der derzeitigen schwarz-gelben Regierung im Jahr 2020/2022 ggf. auch erst im Jahr 2025 (so genau weiß man es wohl nicht) noch 11 280 Stellen für die sächsische Polizei zur Verfügung stehen. Die Entwicklung stellt sich seit dem Jahr 2004 wie folgt dar:

Jahr	Gesamt (Polizei/Verwaltung und Service)
2004	15 286 (12 340/2946)
2008	14 572 (12 261/2311)
2010	13 991 (11 524/2367)
2011	13 497 (11 195/2302)
2012	13 274 (10 979/2295)
2022	11 280 (9650/1630)

Diese Entwicklung muss gestoppt werden. **Torsten Scheller**

... Sachsen Anhalt

In Sachsen-Anhalt entwickelt sich der Personalbestand des Landes nur in eine Richtung, nach unten. Laut Personalentwicklungskonzept (PEK) 2011 soll der Stellenbestand bis 2020 von jetzt 52 000 auf 41 000 Stellen abgesenkt werden. Auch die Polizei soll ihren Beitrag dazu leisten und die Zahl der Beschäftigten von jetzt 8500 auf knapp 5800 verringern, davon 1800 Vollzugsstellen und 900 Verwaltungsstellen.

Der Bedarfsbemessung im Bereich des Polizeivollzuges liegt dabei wie in den Vorjahren auch ein einwohnerbezogener Vergleich der Personalausstattung (Polizeidichte) zugrunde. Die von der GdP in großer Regelmäßigkeit geforderte belastungsorientierte Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes ist auch im Jahre 2011 nicht erfolgt. Mangels einheitlicher, auf der Ebene der Fachminister abgestimmter Kriterien ist ein weiterführender Ländervergleich anhand belastungsorientierter Faktoren weiterhin nicht möglich, so die Aussage im PEK.

Das sicherlich lobenswerte Ziel des PEK, den Personalbestand des Landes auf 19 Vollzeitäquivalente je 1000 Einwohner zu reduzieren und damit anderen Flächenländern anzupassen, erscheint in der Praxis als nicht handelbar. Derzeit gibt es diverse Optimierungsoptionen und Zentralisierungsmöglichkeiten werden geprüft. Es gilt die Polizei lebens- und zukunftsfähig zu gestalten.

Dabei müssen wir als GdP insbesondere die Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen im Auge behalten. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und Ordnung auf immer weniger Schultern abzuwälzen ist ein unhaltbarer Zustand. Die Arbeitsverdichtung innerhalb der Polizei hat schon jetzt dramatische Folgen. Die deutlich über dem Durchschnitt liegende Krankenrate ist nur eine davon. Die gesundheitlichen Belastungen sind enorm und sollten noch stärker in den Fokus unserer Beachtung rücken.

Guido Steinert

... Thüringen

Die Diskussion über die Stellenentwicklung der Thüringer Polizei beschäftigt regelmäßig den Thüringer Landtag. Wegen des demografischen Wandels, sprich Bevölkerungsrückgangs, wurde dem öffentlichen Dienst in Thüringen ein Stellenabbauprogramm verordnet. 2005 hatte die damalige Landesregierung beschlossen, 7400 Stellen einzusparen. Davon sind per 31. 12. 2011 bereits 4213 abgebaut. Nun sollen bis 2020 insgesamt noch 8635 Stellen abgebaut werden.

Die Thüringer Polizei wurde seit 2004 um insgesamt 745 Stellen reduziert und soll in den kommenden acht Jahren nochmals um 924 Stellen verkleinert werden. Sie verliert damit rund 20 Prozent ihrer Beschäftigten, obwohl der Bevölkerungsrückgang nur 14 Prozent betragen soll. 15 Jahre lang werden z. B. keine Tarifbeschäftigten eingestellt. Neben dem Bevölkerungsrückgang will die Landesregierung erklärtermaßen „das Verhältnis von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Bevölkerung an das der Flächenländer West anpassen“.

Landtag und Landesregierung verkennen dabei offensichtlich, dass der Verwaltungsaufwand eines kleinen Flächenlandes im Verhältnis zu dem eines großen Flächenlandes höher ist, verweigern sich aber einer Diskussion über Länderfusionen. Sie müssten auch sofort um den Verlust von Einfluss und Pfründen fürchten. Die Polizei hätte bei einer Länderfusion weit weniger zu verlieren.

Sichtbarer Ausdruck des Stellenabbauprogramms ist die inzwischen in der Umsetzungsphase befindliche Polizei-strukturreform. „Unter dem Eindruck der schwierigen Haushaltssituation sowie der Demografie und der Personalentwicklung wurde der Behördenaufbau zu Bündelungszwecken um eine Hierarchieebene erweitert, um eine effektive und effiziente Aufgabenwahrnehmung zu gewährleisten“, heißt es in der Dienstvereinbarung zur personellen Umsetzung.

Edgar Große



SENIORENGRUPPE WITTENBERG

Sicherheit kontra Mode

Seit einiger Zeit beschäftigt mich eine Frage. Auch auf die Gefahr, über mein Anliegen ausgelacht zu werden, habe ich den Mut gefasst, diese öffentlich zu stellen und hoffe auf eine konstruktive Diskussion in den Revieren und Direktionen sowie im Präsidium.

Über Prävention wird viel gesprochen, geschrieben und unternommen. Die vielen ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberater, denen auch ich angehöre, leisten hierbei ihren konkreten Beitrag. Ausgehend von meinen Vorträgen in Senioreneinrichtungen bewegte mich immer wieder die Frage: „Nimmt die Polizei, besonders die Kriminalpolizei, Einfluss auf Modeschöpfer und Designer sowie die Industrie, um bei der Fertigung von deren Produkten das Sicherheitsbedürfnis der Käufer zu beachten?“. Betrachte ich das Angebot an Geldbörsen, besonders für die Frauen, dann ist doch die Unter-

bringung von EC- und Kreditkarten sowie Chip-Karten der Krankenkassen usw. schon vorprogrammiert. Die Geldbörsen für Männer müssen doch bei Geldwechseltrickbetrügnern die reine Freude auslösen, denn um an Kleingeld zu gelangen, ist gleichzeitig das Fach für die Geldscheine offen.

Warum werden Hosen und Röcke nicht mit verschließbaren Innentaschen versehen, um so Geld, Ausweispapier, EC-Karten usw. direkt am Körper zu tragen? Die Brusttaschen an Herrenhemden werden auch immer kleiner, Ausweis oder Kfz-Papiere passen nicht mehr hinein, sind zum Teil auch nicht verschließbar. Wo bleibt ein Angebot von kleinen, nicht aufbauschenden Gürteltaschen, die der Größe von Ausweis und Kfz-Papieren angepasst sind?

Wären diese Dinge realisierbar, hätten wir bezüglich Prävention viel erreicht.

Peter Lembke, Seniorensicherheitsberater, Polizeirevier Wittenberg

www.gdp.de/gdp/gdplsas.nsf/id/20120306

EINSATZBETREUUNG

Bunt statt braun

Ein breites Bündnis aus Organisationen, Gewerkschaften und Parteien hatte zu friedlichen Protesten und zivilem Ungehorsam aufgerufen.

Mit einer Kundgebung, einer Demonstration und einem Bürgerfest auf dem Markt soll ein Zeichen gegen die Nazis gesetzt werden. Diese hatten eine Demonstration durch die Innenstadt von

Aschersleben geplant, um den „Volks-tod“ zu stoppen. Etwa 150 der ewig Gestrigen waren dieser Aufforderung gefolgt. Um zu zeigen, dass die Stadt Aschersleben nichts für dieses demokratische Denken übrig hat, sind ca. 500 Bürger dem braunen Gedankengut entgegengetreten. Sie trafen sich auf dem Marktplatz und zeigten den Nazis bei deren Vorbeimarsch, was sie von der braunen Ideologie halten. Als Vertreter der GdP waren wir ab ca. 10.00 Uhr unterwegs und besuchten die Einsatzkräfte an ihren Sammelstellen. Für ein kurzes „Hallo“ und ein paar Bonbons oder Traubenzucker waren die Kolleginnen und Kollegen dankbar. Nach dem Mittag begleiteten wir die Kräfte am rechten Demonstrationszug und konnten uns einen Eindruck von der Professionalität der Einsatzkräfte machen. Wir bedanken uns bei allen, die für einen friedlichen Verlauf des Tages gesorgt haben.

Jens Hüttich, Landesredakteur

www.gdp.de/gdp/gdplsas.nsf/id/20120307



Alle KollegInnen, die wir im Einsatz antrafen, freuten sich über unseren Besuch.

NEUER

SENIONENTERMIN IN MD

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GdP-Seniorengruppen im Magdeburg, die Seniorengruppe der Bezirksgruppe Nord, PD Haus, führt am

Montag, dem 19. März 2012, um 14.00 Uhr

ihre Mitgliederversammlung im Alten- und Service-Zentrum der Volkssolidarität und der Landeshauptstadt Magdeburg in der Halberstädter Str. 115 durch (zu erreichen Straßenbahnlinie 1 und 10 bis Eiskeller Platz).

Zu dieser Veranstaltung ist vom Sozial- und Wohnungsamt Magdeburg,

Herr Dipl.-Gesundheitswirt (FH)

Martin Lehwald

eingeladen.

Er wird über den Bereich der Pflege, Pflegebedürftigkeit und deren Finanzierung sprechen.

Zu dieser Veranstaltung laden wir alle GdP-Seniorinnen und -Senioren aus Magdeburg mit ihren Partnern/-innen ein, da dieses Thema nicht nur die GdP-Mitglieder berührt.

Wegen der Raumbestellung wird um Rückmeldung mit Personenzahl an den Vorsitzenden der Seniorengruppe PD Haus, Wolfgang Jung, gebeten.

Telefon: 03 91/5 60 02 89 oder 0 15 20/ 8 85 75 68.

Wolfgang Jung,

Vorsitzender der Seniorengruppe

www.gdp.de/gdp/gdplsas.nsf/id/20120308

REDAKTIONSSCHLUSS

der Ausgabe 4/2012 ist **Freitag, der 9. März 2012,** und für die Ausgabe 5/2012 ist es **Freitag, der 6. April 2012.**

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsas.nsf/id/DP-LSA

Neuer Service

Im geschlossenen Mitgliederbereich unserer Internetseiten sind ab sofort die GdP-Reports zu finden. Wenn man sich mit seiner Kennung angemeldet hat, findet man die Reports im Menü „Infotehk“ als vorletzten Eintrag.

www.gdp.de/gdp/gdplsas.nsf/id/20120309



SENIONENTERMIN

Seniorengruppe PD Ost

Bereich Bitterfeld

Veranstaltungstermine

am 26. 3. 2012 und am 25. 6. 2012 von 14.00 bis 16.30 Uhr auf der Bundeskegelbahn in Sandersdorf

Bereich Wittenberg

Veranstaltungstermine

am 13. 3. 2012 von 15.45 bis 18.00 Uhr Bowling mit Partnerin (Teilnehmermeldung bis 1. 3.) und am 8. 5. 2012 Dampferfahrt (Abfahrtszeit und -ort erhalten Interessenten telefonisch, Teilnahme bis zum 30. 4. 2012 bei P. Lembke: 0 34 91/40 37 41 oder 0 15 20/8 85 76 29).

Bereich Wolfen

Veranstaltungstermine

am 3. 4. 2012 und am 5. 6. 2012 um 15.00 Uhr in der Gaststätte „Am Rodelberg“ in Wolfen.

Bereich Dessau-Roßlau

Veranstaltungstermine

am 29. 3. 2012 und am 28. 6. 2012 um 17.00 Uhr in der „Sportlerklause Kunze“ in Dessau-Roßlau, Kreuzbergstr. 179. Teilnahmemeldung bitte bis eine Woche vor Termin an Jochem Steinbiß, 0 15 20/8 86 01 49.

Seniorengruppe PD Nord

Kreisgruppe PD Haus

Versammlungstermine

am 19. 3. 2012 und am 21. 5. 2012 um 14.00 Uhr im Alten- und Servicecenter Sudenburg der Volkssolidarität, Halberstädter Str. 115, Straßenbahn Linie 1 und 10 bis Eiskeller Platz.

Bereich Aschersleben-Staßfurt

Versammlungstermine

am 2. 4. 2012 und am 4. 6. 2012 jeweils um 15.00 im Hotel „Stadt Aschersleben“ in der Herrenbreite 17 in Aschersleben.

Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/S-Termine

